

# Kommunalwahl

am **11. September** 2016

Liebe Leserinnen und Leser,

am kommenden Sonntag, den **11. September 2016**, finden in Niedersachsen Kommunalwahlen statt und Sie sind dazu aufgerufen, für die nächsten fünf Jahre über die Besetzung Ihrer Orts-, Gemeinde-, Stadt- und Samtgemeinderäte, sowie über die Besetzung des Kreistags, und auch mancherorts über neue Bürgermeister, zu entscheiden.

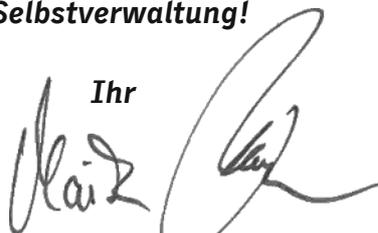
Nutzen Sie diese Möglichkeit. Gehen Sie zur Wahl und geben Sie Ihre Stimmen ab! Dadurch stärken Sie die lokale Demokratie und die Legitimation der Sie vertretenden Abgeordneten und Ihrer Entscheidungen.

Allgemeine, unmittelbare, freie, gleiche und geheime Wahlen abhalten zu können ist ein hohes Gut und eine der wesentlichen Errungenschaften unseres demokratischen Rechtsstaates. Auf deutschem Boden war dies bis vor gar nicht allzu langer Zeit keineswegs selbstverständlich. Auch wenn die kommunalen Möglichkeiten nur begrenzt sind, ist die Kommunalwahl die beste Möglichkeit direkten und unmittelbaren Einfluss auf die Politik zu nehmen. Die hier zu treffenden Entscheidungen betreffen Sie, die Menschen in der Kommune, immer direkt.

Bei der Wahl am **11. September** geht es nicht um Landes- oder Bundespolitik, nicht um Griechenland, nicht um Flüchtlinge oder das Asylrecht und seine Anwendung. Es geht um unsere heimischen Landkreise und um Themen, die den Menschen vor Ort am Besten bekannt sind: Es geht um Straßen im Ort, kommunale Abgaben, Abwasserbeseitigung, Schwimmbäder, Kindergärten, Bürgerhäuser, Spielplätze und viele andere Dinge direkt vor Ihrer eigenen Haustür!

Als Ihr heimischer Bundestagsabgeordneter bitte ich Sie deshalb: Erfüllen Sie Ihre Bürgerpflicht und gehen Sie am Sonntag den **11. September** zur Wahl. Durch Ihre Stimmabgabe bekennen Sie sich zu unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung und stärken die kommunale Selbstverwaltung!



Ihr  
  
Maik Beermann

Maik Beermann

# Beerlin ganz nah

*Der Newsletter Ihres Bundestagsabgeordneten*

Ausgabe KW 36

Alle Parteien haben Anlass nachzudenken	2
Klausurtagung des Fraktionsvorstandes	2
Der Bundeshaushalt im Überblick	3
Asylpolitik: Das haben wir erreicht	4
CDU Landesparteitag	5
Luftsicherheit für Taiwan	5
Besuch aus Bückeberg	5

## Alle Parteien haben Anlass nachzudenken

Das Abschneiden der CDU bei der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern ist enttäuschend, darum muss man nicht herumreden. Von einer erstmals im Landtag vertretenen Partei auf den dritten Platz verwiesen zu werden, ist eine bittere Erfahrung. Aber wir dürfen nicht ignorieren, dass die SPD und die Linkspartei noch größere Verluste eingefahren haben. Die Grünen sind sogar aus dem Schweriner Landtag ausgeschieden. Alle Parteien haben spürbar an die Protestpartei verloren.

Die Wahl zeigt, dass die Flüchtlingspolitik den Ton der Debatte bestimmt hat. Die verbesserte Wirtschaftslage des Landes, die sinkende Arbeitslosigkeit, steigenden Löhne, steigende Renten, alles das spielte nur eine untergeordnete Rolle. Die Bürger haben Sorgen in der Flüchtlingsfrage: Werden nochmal so viele kommen wie im letzten Jahr? Kehren die ohne Anspruch auf Asyl auch tatsächlich in ihre Heimatländer zurück?

Darauf geben wir als Union eine klare Antwort: Eine solche Situation wie im letzten Jahr wird sich nicht mehr wiederholen. Daran arbeiten wir seitdem mit aller Entschlossenheit auf nationaler und internationaler Ebene: Dazu gehört auch die Zusammenarbeit mit der Türkei, einem Partner, bei dem wir nicht mit allen Aktivitäten einverstanden sind.

Wir haben national das Asylrecht verschärft, wir stellen Milliarden für die Integration zur Verfügung, wir lassen Flüchtlinge früher arbeiten. Aber es sind noch Vorhaben offen und hier sind SPD und Grüne gefordert: Sigmar Gabriel soll in den rot geführten Landesregierungen dafür sorgen, dass der Bundesrat Tunesien, Algerien und Marokko zu sicheren Herkunftsländern erklärt. Damit könnte er einen konkreten Beitrag zur weiteren Reduzierung der Asylbewerberzahlen leisten.

Es bleibt auch noch einiges zu tun: Bei der Rückführung der abgelehnten Asylbewerber müssen Bund und Länder ihre Anstrengungen verstärken. Der Schutz der EU-Außengrenzen muss intensiviert, Frontex zu einer richtigen europäischen Grenzpolizei ausgebaut werden. Schließlich müssen wir unsere Erfolge auch besser kommunizieren, denn die Zahl der zu uns kommenden Flüchtlinge ist seit dem Frühjahr deutlich gesunken.

Wir lassen uns den Mut nicht nehmen und packen weiter an, auch um die Wahlkämpfe in Niedersachsen und in Berlin zu unterstützen. Die Union ist und bleibt die Kraft, die die besten Antworten auf die vielen Herausforderungen unserer Zeit hat.

## Klausurtagung des Fraktionsvorstandes

Auf der Klausurtagung des Fraktionsvorstandes haben wir uns in der vergangenen Woche nicht nur mit dem Bundeshaushalt beschäftigt, sondern auch die Weichen für mehr innere und äußere Sicherheit gestellt. Unser Gast, NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg, sprach sich für eine klare Haltung gegenüber Russland aus und lobte den deutschen Einsatz für ein friedliches, aber selbstbewusstes Europa. Gleichzeitig haben wir mit unserem Positionspapier zur inneren Sicherheit weitere Möglichkeiten zusammengestellt, mit denen der islamistische Terrorismus bekämpft werden soll.

Weiterhin wollen wir Kinderehen in Deutschland verbieten. Arrangierte Ehen mit 14 oder 15 Jährigen sind mit unseren Werten unvereinbar. Schließlich haben wir beschlossen, die Digitalisierung der Bildung, der Wissenschaft und der Forschung durch fünf zusätzliche Initiativen ab 2017 zu verstärken.

## Der Bundeshaushalt im Überblick

Sowohl im Bundeshaushalt 2017 als auch in der mittelfristigen Finanzplanung setzen wir unsere Schwerpunkte auf die innere und äußere Sicherheit sowie den Ausbau der Infrastrukturinvestitionen. Mit dem Bundeshaushalt 2017 haben wir zudem die Chance, die gesamte Wahlperiode ohne Neuverschuldung zu gestalten. Damit pflegen wir den Markenkern der Union, entlasten die jungen Generationen und erarbeiten dem Bund immer größere Spielräume der politischen Gestaltung.

**Bundesministerium des Innern.** Die Ausgaben für die innere Sicherheit sollen bis 2020 deutlich um insgesamt fast 2,6 Mrd. EUR aufgestockt werden. Insbesondere werden die Sicherheitsbehörden wie das Bundeskriminalamt, die Bundespolizei und das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik personell gestärkt. In den parlamentarischen Beratungen wollen wir neue 4.500 Stellen für den Zeitraum 2017 bis 2020 beschließen. Bisher weist der Regierungsentwurf für 2017 Ausgaben in Höhe von rund 8,34 Mrd. EUR auf, d.h. rund 6,9 Prozent mehr als der Sollansatz 2016.

**Bundesministerium für Bildung und Forschung.** Der Etat genießt bei uns weiterhin hohe Priorität. 2017 stehen im Regierungsentwurf knapp 17,6 Mrd. EUR zur Verfügung. Gegenüber 2016 ist dies ein Zuwachs von rund 1,2 Mrd. EUR. Im Vergleich zum Regierungsantritt im Jahr 2005 ist das mehr als das Doppelte. Für den Hochschulpakt stehen damit rund 2,8 Mrd. EUR zur Verfügung, der Pakt für Forschung und Innovation wird fortgesetzt.

**Bundesministerium der Verteidigung.** Angesichts wachsender internationaler Gefahren wird der Verteidigungshaushalt im Regierungsentwurf im kommenden Jahr um 1,7 Mrd. EUR auf rund 36,6 Mrd. EUR und im neuen Finanzplan um insgesamt rund 10,2 Mrd. EUR angehoben. Für internationale Einsätze ist im Regierungsentwurf für 2017 ein Anstieg der Zusatzausgaben um 370 Mio. EUR auf 730 Mio. EUR veranschlagt. Maßgeblich sind Einsätze gegen die Terrororganisation IS, in Mali, im Mittelmeer und in Afghanistan.

**Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft.** Der Regierungsentwurf sieht 2017 einen Ausgabenanstieg um rund 301 Mio. EUR auf rund 5,9 Mrd. EUR vor. Schwerpunkt sind aufgrund des wirtschaftlich schwierigen Strukturwandels Zuschüsse von rund 3,9 Mrd. EUR zum agrarsozialen Sicherungssystem. Das Liquiditätsprogramm Milch sieht für Deutschland 58 Mio. EUR vor. Sofern es gesetzlich ausgestaltet wird, kann der Deutsche Bundestag bis zur Verabschiedung des Haushaltes noch erhöhen. Für präventiven Hochwasserschutz werden dem Etat wieder 100 Mio. EUR Euro bereitgestellt.

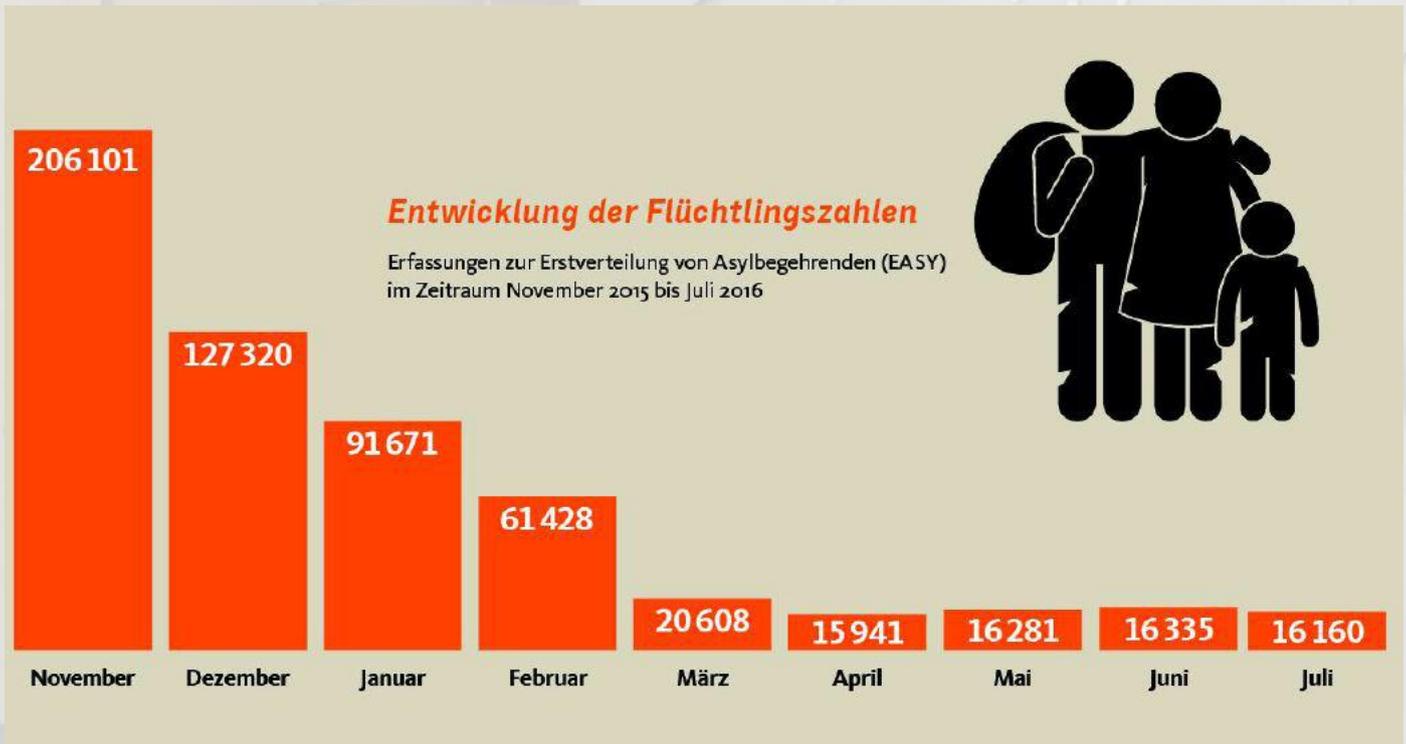
**Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.** Der Einzelplan steigt auf rund 9,2 Mrd. EUR. Der weitaus größte Anteil entfällt auf das Elterngeld, das um 400 Mio. EUR auf 6,2 Mrd. EUR anwächst. Einen weiteren Schwerpunkt bilden Extremismusprävention und Demokratieförderung. Für vielfältige Programme im gesamten Bereich des Familienministeriums stehen insgesamt rund 1,55 Mrd. EUR zur Verfügung.

**Bundesministerium für Verkehr und Digitale Infrastruktur.** Die Ausgaben sollen 2017 um 9,2 Prozent auf rund 26,8 Mrd. EUR ansteigen. Für Investitionen in die Verkehrsträger Straße, Schiene und Wasserstraße und den kombinierten Verkehr stehen rund 12,8 Mrd. EUR zur Verfügung. Dies ist ein Anstieg um rund 25 Prozent seit Beginn der Legislaturperiode. Für den Breitbandausbau werden 2017 bis 2020 zusätzliche 1,3 Mrd. EUR zu den bisher vorgesehenen 2,7 Mrd. EUR bereitgestellt. Damit sollen unterversorgte Gebiete, in denen kein privatwirtschaftlicher Netzausbau zu erwarten ist, unterstützt werden.

## Asylpolitik: Das haben wir erreicht

Ziel der CDU in der Flüchtlingskrise ist es, die Zahl der Flüchtlinge dauerhaft und nachhaltig zu reduzieren und die Menschen, die bleiben dürfen, schnell in unsere Gesellschaft und in unseren Arbeitsmarkt zu integrieren. Zusätzlich zu nationalen Maßnahmen wollen wir gemeinsam in der Europäischen Union die Migration ordnen, die EU-Außengrenzen besser schützen und dabei die Freizügigkeit im Schengenraum erhalten. Außerdem gilt es, die Fluchtursachen durch Hilfen für Transit- und Herkunftsländer zu bekämpfen.

Wichtig ist dabei klarzustellen, dass wir auch weiterhin grundsätzlich Menschen helfen, die in großer Not zu uns kommen, wenn sie politisch verfolgt werden oder als Flüchtlinge einen Schutzanspruch haben. Es muss aber schnell entschieden werden, wer das Recht hat, in Deutschland zu bleiben und wer nicht und wer nicht bleiben darf, muss Deutschland so schnell wie möglich wieder verlassen. Hier sind wir einen guten Schritt voran gekommen. Die Zahl der Abschiebungen, für die die Bundesländer zuständig sind, wurde 2015 gegenüber 2014 fast verdoppelt: 2016 steigt die Zahl derjenigen, die Deutschland verlassen, weiter. Neben 16 432 Abschiebungen reisten allein von Januar bis Juli mehrere zehntausend abgelehnte Asylbewerber freiwillig aus. Mehr als im gesamten Jahr 2014. Die Zahl der Einwanderungen sank ebenso erheblich. Im Juli 2016 wurden noch 16 160 Menschen registriert, im November 2015 waren es 206 101 Flüchtlinge



Dies ist auch dem Erfolg unserer Maßnahmen geschuldet, denn das Asylrecht wurde verschärft. Die Bundesländer müssen innerhalb von drei Monaten abschieben - früher waren es sechs Monate. Abschiebungen dürfen nicht mehr angekündigt werden und die Anforderungen für die Erstellung ärztlicher Atteste bei abgelehnten Bewerbern wurden neu geregelt.

Zudem haben wir die Fehlanreize verringert. Wer aus einem sicheren Herkunftsstaat stammt, bleibt bis zum Ende seines Verfahrens in der Erstaufnahmeeinrichtung. Dort sollen die Länder das „Taschengeld“ durch Sachleistungen ersetzen. Wer ausreisen muss, erhält weniger Leistungen. Wer seine Ausreise verweigert, verliert alle Ansprüche.

## CDU Landesparteitag

„Mehr Heimat!“ war das Leitmotiv des Landesparteitags der CDU in Niedersachsen in Hildesheim. Für den CDU-Kreisverband Nienburg haben Frank Schmädeke, Stefan Meyer, Holger Spreen, Maik Beermann, Alfred Plate, Margit Schmidt, Christa Stigge, Evelin Lisson und Andrea Nennecker als Delegierte an den politischen Entscheidungen des Parteitags mitgewirkt. Der Parteitag diskutierte vor allem das neue Grundsatzprogramm der Landespartei, das anschließend einstimmig verabschiedet wurde. Daneben war die Kommunalwahl am 11. September ein weiterer Schwerpunkt, für die die CDU unter dem Motto „Mehr Heimat!“ wirbt.



## Luftsicherheit für Taiwan

In dieser Sitzungswoche habe ich an einem Fachgespräch des Freundeskreises Berlin – Taipeh teilgenommen. Gemeinsam mit Herrn Botschafter Prof. Dr. Jhy-Wey Schieh haben wir uns über die "Internationale Zivilluftfahrtorganisation (ICAO)" ausgetauscht. Vom 27.09 – 7. Oktober findet die 39. ICAO Vollversammlung, auf der die aktuellen Richtlinien zur Flugsicherheit besprochen werden, in Montreal statt. Aufgrund der Chinapolitik ist es den Taiwanern derzeit nicht möglich an dieser Vollversammlung teilzunehmen. Gemeinsam mit vielen Kolleginnen und Kollegen versuchen wir grade einen Beobachterstatus für die Taiwaner zu erreichen, sodass auch die 40 Millionen Fluggäste im Luftraum Taiwans von den Leistungen der ICAO profitieren können.



## Besuch aus Bückeberg

In dieser Woche hat mich die "Gemeinschaft der Heeresflieger Bückeberg" aus dem Schaumburger Land in Berlin besucht. Über ihr Interesse an meiner Arbeit und den Besuch im Deutschen Bundestag habe ich mich sehr gefreut.

